

Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 13. Juli 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Bau einer Grenzbrücke
an der gemeinsamen Staatsgrenze im Zuge der Europastraße E 49**

A. Zielsetzung

Bau einer Grenzbrücke am deutsch-tschechischen Grenzübergang im Zuge der Europastraße E 49 (Bundesstraße B 92/tschechische Staatsstraße I/21) im Raum Schönberg und Voitzsche (Voitanow).

B. Lösung

Der am 13. Juli 1995 unterzeichnete Vertrag trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Vertrags geschaffen werden.

C. Alternativen

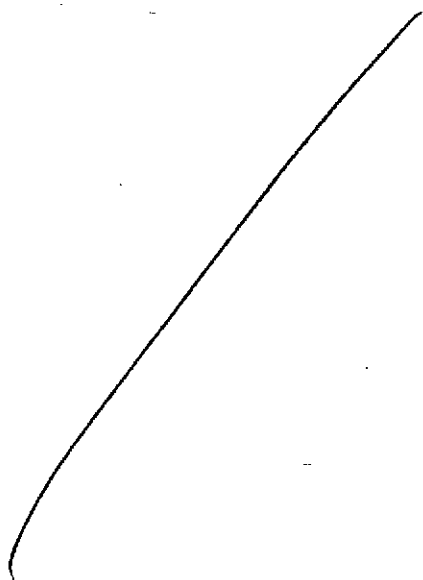
Keine

D. Kosten

Keine wesentlichen Auswirkungen.

Fristablauf: 22. 03. 96

82/96



Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 13. Juli 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Bau einer Grenzbrücke
an der gemeinsamen Staatsgrenze im Zuge der Europastraße E 49**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 10/96

Bonn, den 9. Februar 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

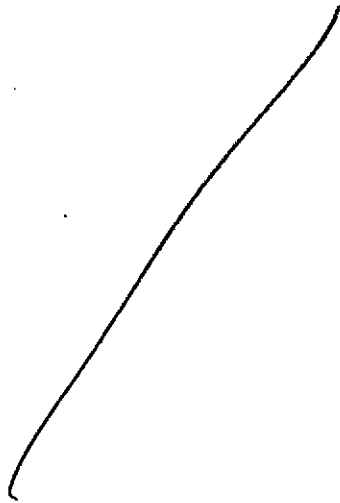
Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 13. Juli 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze im Zuge der Europastraße E 49

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Dr. Helmut Kohl

82/96



Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 13. Juli 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Bau einer Grenzbrücke
an der gemeinsamen Staatsgrenze im Zuge der Europastraße E 49

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 13. Juli 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze im Zuge der Europastraße E 49 wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Auf die in Artikel 9 Abs. 1 des Vertrags bezeichneten Umsätze findet tschechisches Mehrwertsteuerrecht Anwendung. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(2) Für die in Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 des Vertrags genannten Waren werden außer Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die in Artikel 9 des Vertrags vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 13. Juli 1995 anzuwenden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil der Vertrag Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Absatz 1 stellt die ausschließliche Anwendung des tschechischen Mehrwertsteuerrechts im gesamten Baustellenbereich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik sicher; nach Fertigstellung der Grenzbrücke ist die ausschließliche Anwendung des tschechischen Mehrwertsteuerrechts auf die im Zusammenhang mit der Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke anfallenden Umsätze vorgesehen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Tschechische Republik nach Artikel 2 des Vertrags die Planung und Bauausführung sowie nach Artikel 5 Abs. 3 des Vertrags die Instandsetzung und Erneuerung übernimmt. Gleichzeitig wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung sowie die Instandsetzung und Erneuerung erleichtert.

Absatz 2 sieht vor, daß insbesondere auf die Erhebung von Einfuhrumsatzsteuer verzichtet wird, soweit die Waren zum Bau oder zur Erhaltung der Grenzbrücke verwendet werden. Damit sollen praktische Schwierigkeiten für Unternehmer und Verwaltung vermieden werden. Es handelt sich lediglich um eine steuertechnische Vereinfachung im Rahmen einer örtlich beschränkten Einzelmaßnahme, nicht um eine materielle Vergünstigung. Würde die Einfuhrumsatzsteuer erhoben, könnte sie von den ausführenden Unternehmern in voller Höhe als Vorsteuer abgezogen werden. Einfuhren für die öffentlichen Bauverwaltungen (Endverbrauch) werden von der Regelung nicht erfaßt.

Absatz 3 sieht vor, daß die steuerlichen Bestimmungen nach Artikel 9 des Abkommens mit Wirkung vom 13. Juli 1995 anzuwenden sind. Um eine baldige Verbesserung der Verkehrsbeziehungen und eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Grenzbrücke zu ermöglichen, haben sich die Vertragsstaaten in Artikel 14 des Vertrags darauf verständigt, daß die Bestimmungen des Vertrags bereits ab dem Tag seiner Unterzeichnung und damit noch vor seinem Inkrafttreten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewandt werden. Zum reibungslosen Ablauf des Baugeschehens ist es im dringlichen Interesse beider Vertragsstaaten erforderlich, daß die steuerlichen Bestimmungen bereits ab Baubeginn angewandt werden. Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes stehen dieser rückwirkenden Anwendung nicht entgegen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Straßenbauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1996 auf ca. 0,8 Millionen DM geschätzt; er wird vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von der Tschechischen Republik getragen werden, trägt sie der Freistaat Sachsen im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes). Durch die Ausführung des Gesetzes entstehen insoweit keine Kosten.

Soweit die Bundesrepublik Deutschland zur Vereinfachung der Besteuerung der mit dem Bau der Grenzbrücke sowie mit der Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke zusammenhängenden Umsätze in gewissem Umfang auf die Erhebung von Umsatzsteuer (= Verzicht auf Umsatzsteuereinnahmen) verzichtet, ergeben sich keine wesentlichen kostenmäßigen Auswirkungen: Den Mindereinnahmen stehen Mehreinnahmen aus einem vergleichbaren Abkommen mit der Tschechischen Republik gegenüber, in dem das Umsatzbesteuerungsrecht der Bundesrepublik Deutschland zugewiesen wurde (Vertrag vom 13. Juli 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluß der deutschen Autobahn A 6 und der tschechischen Autobahn D 5 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke). Die Höhe der Mehr- oder Mindereinnahmen läßt sich nicht schätzen; es ist jedoch zu erwarten, daß sich diese Mehr- und Mindereinnahmen weitgehend ausgleichen.

Im Wirtschaftsbereich sind in Einzelfällen auf regionaler Ebene geringfügige Preisanhebungen nicht völlig auszuschließen; sie lassen sich im voraus jedoch nicht quantifizieren. Bei der für Straßenbauwerke hier relativ geringen Auftragssumme von ca. 1,8 Millionen DM (geschätzt nach Kostenstand 1996) und angesichts des Gesamtumsatzvolumens im Marktsegment Baustoffe und Bauleistungen sind überregionale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, durch die Nachfrage nach den hier vornehmlich benötigten Gütern Beton, Betonstahl sowie Spannstahl nicht zu erwarten.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über den Bau einer Grenzbrücke
an der gemeinsamen Staatsgrenze im Zuge der Europastraße E 49

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o stavbě hraničního mostu
na společných státních hranicích na tahu evropské silnice E 49

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika,

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern –

vedeny přáním usnadnit silniční provoz mezi oběma státy a tranzitní dopravu přes svá výsoštná území,

sind wie folgt übereingekommen:

se dohodly takto:

Artikel 1

Gegenstand des Vertrags

(1) An dem Grenzübergang im Zuge der Europastraße E 49 (Bundesstraße B 92, Staatsstraße I/21) wird auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik eine neue Grenzbrücke gebaut.

(2) Die Vertragsstaaten stellen die Grenzbrücke nach Möglichkeit im Jahr 1996 fertig.

Článek 1

Předmět smlouvy

(1) Na hraničním přechodu na tahu evropské silnice E 49 (spolková silnice B92, státní silnice I/21) bude na výsoštném území Spolkové republiky Německo a na výsoštném území České republiky vybudován nový hraniční most.

(2) Smluvní státy dokončí podle možnosti hraniční most v roce 1996.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Voruntersuchungen und Geländeaufnahmen führen die Vertragsstaaten jeweils auf ihrem Hoheitsgebiet und auf ihre Kosten durch.

(2) Die Tschechische Republik übernimmt

- a) Planung,
 - b) Ausschreibung,
 - c) Auftragsvergabe,
 - d) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
 - e) Bauüberwachung,
 - f) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen und
 - g) Entwurf der Kostenteilung nach Maßgabe dieses Vertrags
- für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesrepublik Deutschland.

(3) Die Grenzbrücke wird nach den in der Tschechischen Republik geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Vorschriften vereinbaren.

Článek 2

Příprava a provedení stavby

(1) Průzkumné práce a geodetické zaměření provedou smluvní státy každý na svém výsoštném území a na své náklady.

(2) Česká republika převezme

- a/ přípravu,
 - b/ vypsání výběrového řízení,
 - c/ zadání zakázky,
 - d/ přezkoumání realizačních podkladů,
 - e/ stavební dozor,
 - f/ přezkoumání fakturace smluvních výkonů a
 - g/ návrh rozdělení nákladů podle ustanovení této smlouvy
- pro hraniční most vždy po dosažení shody se Spolkovou republikou Německo.

(3) Hraniční most bude připravován, realizován a převzat podle norem a stavebních předpisů, platných v České republice. Pro jednotlivé části stavby mohou smluvní státy dohodnout použití německých předpisů.

Artikel 3

Baurecht und Grunderwerb

(1) Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, daß rechtzeitig die nach seinen Rechtsvorschriften zum Bau der Grenzbrücke erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse vorliegen und die Abnahmen durchgeführt werden.

Článek 3

Stavební povolení a výkup pozemků

(1) Každý smluvní stát zajistí, aby byla včas vydána povolení a schválení a provedeny přejímky podle jeho právních předpisů, potřebné ke stavbě hraničního mostu.

(2) Jeder Vertragsstaat sorgt auf seine Kosten dafür, daß auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

(3) Die Vermessung und die Vermarkung der benötigten Grundstücke führt jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet und auf seine Kosten durch.

Artikel 4

Abnahme

Nach Abschluß der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von der Tschechischen Republik nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten Recht der Tschechischen Republik in Anwesenheit der Auftragnehmer abgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird bei der Abnahme durch die zuständigen Behörden vertreten sein. Die Tschechische Republik überwacht die Gewährleistungsfristen für die Grenzbrücke und macht Gewährleistungsansprüche auch namens der Bundesrepublik Deutschland geltend.

Artikel 5

Erhaltung

(1) Zur Erhaltung gehören Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung.

(2) Mit der Abnahme der Grenzbrücke übernimmt jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet die Unterhaltung der Grenzbrücke einschließlich der Verkehrssicherung und des Winterdienstes auf seine Kosten.

(3) Ab dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt übernimmt die Tschechische Republik die Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke. Die Grenze für diese Tätigkeiten ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Diese Maßnahmen erfolgen im Einvernehmen mit der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können über Art, Umfang und Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 gesonderte Vereinbarungen schließen.

Artikel 6

Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Bau, die Instandsetzung und die Erneuerung der Grenzbrücke, soweit die Grenzbrücke auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Die Kostenanteile bestimmen sich nach dem Verhältnis der Flächen der Grenzbrücke zwischen den Auflagerachsen und der Staatsgrenze. Bei der Aufteilung der Kosten ist die tschechische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Tschechischen Republik getragen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik Verwaltungskosten in Höhe von zehn vom Hundert der nach Absatz 1 auf sie entfallenden Bau-, Instandsetzungs- und Erneuerungskosten ohne tschechische Mehrwertsteuer.

(3) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt.

Artikel 7

Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden. Ein Zeitplan für die Fälligkeit und die voraussichtliche Höhe der Abschlagszahlungen wird bei Auftragsvergabe erstellt.

(2) Každý smluvní stát zajistí na vlastní náklady, aby na jeho výsostném území byly včas k dispozici pozemky trvalého a dočasného záboru, potřebné pro stavbu hraničního mostu.

(3) Zaměření a vytýčení potřebných pozemků provede každý smluvní stát na svém výsostném území a na své náklady.

Článek 4

Přejímka

Po dokončení stavebních prací bude hraniční most převzat Českou republikou podle právních předpisů České republiky, používaných pro veřejné stavební zakázky za účasti zhotovitelů. Spolková republika Německo bude při přejímce zastoupena svými příslušnými orgány. Česká republika bude dohlížet na záruční lhůty hraničního mostu a bude uplatňovat záruční požadavky I jménem Spolkové republiky Německo.

Článek 5

Údržba

(1) Údržba se skládá z provozní údržby, stavební údržby a obnovy.

(2) Přejímkou hraničního mostu převezme každý smluvní stát na svém výsostném území a na své náklady provozní údržbu hraničního mostu včetně zajištění bezpečnosti provozu a zimní údržby.

(3) Od okamžiku, uvedeného v odst. 2, převezme Česká republika stavební údržbu a obnovu hraničního mostu. Hranicí pro tuto činnost je konec hraničního mostu včetně krajní opěry na výsostném území Spolkové republiky Německo. Tyto činnosti budou prováděny ve vzájemné shodě se Spolkovou republikou Německo.

(4) Příslušné orgány smluvních států mohou o druhu, rozsahu a provádění údržbových prací, podle odstavců (1) až (3), sjednat zvláštní ujednání.

Článek 6

Náklady

(1) Každý smluvní stát hradí náklady na stavbu, stavební údržbu a obnovu hraničního mostu tou měrou, jakou leží hraniční most na jeho výsostném území. Podíly na nákladech se určují podle poměru ploch hraničního mostu mezi osami ložisek a státními hranicemi. Při rozdělení nákladů nebude zohledněna česká daň z přidané hodnoty, která je obsažena v nákladech. Tuto daň ponese jen Česká republika.

(2) Spolková republika Německo uhradí České republice správní náklady ve výši deseti procent nákladů na stavbu, stavební údržbu a obnovu připadajících na ni podle odst. (1) bez české daně z přidané hodnoty.

(3) Existující podklady, potřebné pro přípravu hraničního mostu, budou dány bezúplatně vzájemně k dispozici.

Článek 7

Platby

(1) Spolková republika Německo uhradí České republice svůj podíl na splátkách, které budou v souladu s postupem stavebních prací poskytovány zhotovitelům. Časový plán pro splatnost a předpokládanou výši splátek bude sestaven při zadávání zakázky.

(2) Die Tschechische Republik wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlußabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und geprüften Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8

Betretrungsrecht

(1) Die beim Bau der Grenzbrücke beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und Staatsangehörigen von Staaten, die in keinem der beiden Vertragsstaaten und in keinem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt. Visumpflichtige Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, wenn ihnen ein Visum erteilt worden ist und sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt.

(2) Die in Absatz 1 genannten Arbeitnehmer unterliegen den Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an in der Tschechischen Republik beschäftigte ausländische Staatsangehörige, unabhängig davon, ob die Arbeiten auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Tschechischen Republik ausgeführt werden.

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingereist sind und die

- a) die Bestimmungen dieses Vertrags verletzt haben oder
 - b) sich dort rechtswidrig aufhalten,
- jederzeit formlos zurückzunehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für die Maßnahmen zur Erhaltung der Grenzbrücke.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten solange und soweit keine gesonderten vertraglichen Regelungen zwischen den Vertragsstaaten über das Überschreiten der Staatsgrenze und die Rückübernahme von Personen in Kraft sind.

Artikel 9

Steuer- und Zollbestimmungen

(1) Der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst gelten, soweit sie sich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erstrecken, für die Anwendung des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland und des Mehrwertsteuerrechts der Tschechischen Republik als Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik, soweit

(2) Česká republika sdělí Spolkové republice Německo dva měsíce předem odhadovanou finanční potřebu pro splátkování a současně bude informovat o stavu plateb formou přehledů, ve kterých budou uvedeny výše a termíny plateb.

(3) Spolková republika Německo uhradí zbytek svého podílu na nákladech po konečné přejímce a vyúčtování.

(4) Všechny platby se uskuteční v německých markách.

(5) Při rozdílných názorech nesmí být zadržovány nesporné částky.

(6) Spolková republika Německo obdrží stejnopisy stavebních smluv, objednávek a přezkoušených podkladů pro vyúčtování.

Článek 8

Právo vstupu

(1) Státní příslušníci smluvních států a státní příslušníci států, kteří se podílejí na stavbě hraničního mostu v žádném z obou smluvních států a v žádném z členských států Evropské Unie nepodléhají vízové povinnosti, směřjí ke splnění úkolu podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště hraničního mostu a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsoštném území druhého smluvního státu, aniž by k tomu potřebovali povolení k pobytu, pokud u sebe mají platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy. Státní příslušníci jiných států, kteří podléhají vízové povinnosti, směřjí ke splnění úkolu podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsoštném území druhého smluvního státu, pokud jim bylo uděleno vízum a mají u sebe platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy.

(2) Zaměstnanci uvedení v odstavci 1 podléhají právním předpisům o udělování pracovního povolení zahraničním státním příslušníkům zaměstnaným v České republice bez ohledu na to, zda práce budou prováděny na výsoštném území Spolkové republiky Německo nebo České republiky.

(3) Smluvní státy se zavazují převzít kdykoliv bez formalit zpět osoby, které na základě této smlouvy vstoupily na výsoštné území druhého smluvního státu, a které

- a/ porušily ustanovení této smlouvy nebo
- b/ se tam protiprávně zdržují.

(4) Jednotlivé otázky k udržení bezpečnosti a pořádku v prostoru staveniště hraničního mostu budou řešeny místně příslušnými hraničními orgány ve vzájemné shodě.

(5) Odstavce 1 až 4 platí obdobně pro opatření k údržbě hraničního mostu.

(6) Ustanovení tohoto článku platí potud a pokud mezi smluvními státy nejsou v platnosti zvláštní smluvní úpravy o překračování státních hranic a o zpětném přebírání osob.

Článek 9

Daňová a celní ustanovení

(1) Prostor staveniště hraničního mostu a po jeho dokončení hraniční most samotný, pokud se nacházejí na výsoštném území Spolkové republiky Německo, se považují pro uplatnění právních předpisů Spolkové republiky Německo o dani z obratu a právních předpisů České republiky o dani z přidané hodnoty za výsoštné území České republiky, pokud se jedná o dodávky předmětů a

es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Grenzbrücke oder für ihre Instandsetzung und Erneuerung bestimmt sind.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentliche Verwaltung.

(3) Die zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung auf der Grenzbrücke selbst aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften enthalten sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

Artikel 10 Datenschutz

Soweit aufgrund dieses Vertrags nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.

ostattlichen výkonů, určených pro stavbu hraničního mostu nebo pro jeho stavební údržbu a obnovu.

(2) Na zboží, které bude dováženo z výsoštného území jednoho smluvního státu na výsoštné území druhého smluvního státu nebudou s výjimkou cel uplatňovány žádné dovozní poplatky, pokud toto zboží bude použito na výstavbu nebo údržbu hraničního mostu. Toto platí od zahájení stavby. Jistoty se nepožadují. První věta neplatí při dovozu zboží pro veřejnou správu.

(3) Zboží, potřebné pro výstavbu nebo pro údržbu hraničního mostu, nepodléhá při dovozu a vývozu žádným zákazům a omezením.

(4) Příslušné daňové a celní orgány obou smluvních států se vzájemně vypořádají a poskytnou si všechny potřebné informace a podporu při uplatňování svých vnitrostátních právních a správních předpisů v rámci ustanovení odst. 1 až 3. Zástupci těchto orgánů jsou oprávněni zdržovat se na staveništi hraničního mostu a po jeho dokončení na hraničním mostu samotném a provádět tam opatření v rámci ustanovení odst. 1 až 3, která jsou obsažena v jejich vnitrostátních právních a správních předpisech. V ostatních zůstávají příslušná výsoštná práva smluvních států nedotčena.

Článek 10 Ochrana dat

Pokud budou na základě této smlouvy podle vnitrostátních právních předpisů smluvních států předávána osobní data, platí následující ustanovení při respektování vnitrostátních právních předpisů, platných pro každý smluvní stát:

- (a) Použití dat příjemcem je přípustné pouze pro daný účel a za podmínek, stanovených předávajícím místem.
- (b) Příjemce podá předávajícímu místu na vyzvání informací o použití předaných dat a o takto dosažených výsledcích.
- (c) Osobní data smějí být předána výhradně příslušným místům. Další předávání jiným místům může být provedeno pouze s předchozím souhlasem předávajícího místa.
- (d) Předávající místo je povinno dbát na správnost předávaných dat jakož i na potřebnost a přiměřenost ve vztahu k účelu, ke kterému jsou předávána. Přitom je třeba dbát na zákazy předávání dané příslušnými vnitrostátními předpisy. Pokud se prokáže, že byla předána nesprávná data nebo data, která nesměla být předána, je třeba to neprodleně sdělit příjemci. Ten je povinen opravit je nebo zničit.
- (e) Dotčenému se na jeho žádost podají informace o údajích existujících o jeho osobě i o předpokládaném účelu jejich použití. Povinnost poskytnout tyto informace odpadá, pokud z uvážení vyplývá, že veřejný zájem neposkytnout informace převažuje nad zájmem dotčeného na získání informací o datech. V ostatních se řídí právo dotčeného na získání informací o poskytovaných údajích o jeho osobě podle vnitrostátních právních předpisů států toho smluvního státu, na jehož výsoštném území se o informace žádá.
- (f) Pokud je někdo protiprávně poškozen v důsledku předání údajů v rámci výměny dat podle této smlouvy, ručí mu v této věci převládající místo podle svých vnitrostátních právních předpisů. Ve vztahu k poškozenému se ke svému vyvinutí nemůže odvolávat na to, že poškození bylo způsobeno předávajícím místem.

- g) Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- g) Předávající místo upozorní při předání na lhůty likvidace dat stanovené jeho vnitrostátními právními předpisy. Nezávisle na těchto lhůtách je třeba zlikvidovat předaná osobní data, pokud nejsou dále potřebná pro účel, pro který byla předána.
- h) Předávající a přejímající místa jsou povinna vést evidenci předání a převzetí osobních údajů.
- i) Předávající a přejímající místa jsou povinna chránit předávané osobní údaje účinně před nepovolaným přístupem, nepovolanými změnami a nepovolaným zveřejněním.

Artikel 11

Gemischte Kommission

(1) Die Vertragsstaaten bilden eine Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus jeweils drei ständigen Mitgliedern sowie aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten weiteren Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Kommission sowie die drei ständigen Mitglieder mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muß auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats ersuchen, die Unterlagen vorzulegen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Die Gemischte Kommission faßt ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 12

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Sollte es den zuständigen Behörden nicht gelingen, diese Meinungsverschiedenheiten beizulegen, ist, soweit möglich, eine Regelung durch die Vertragsstaaten herbeizuführen.

Artikel 13

Schlußbestimmung

Die Vertragsstaaten vollziehen diesen Vertrag durch ihre jeweils zuständigen Behörden.

Artikel 14

Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Im Interesse einer frühestmöglichen Inbetriebnahme der Grenzbrücke werden die Bestimmungen dieses Vertrags bereits ab dem Tag seiner Unterzeichnung und damit noch vor seinem Inkrafttreten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewandt.

Článek 11

Smíšená komise

(1) Smluvní státy vytvoří smíšenou komisi pro stavbu hraničního mostu. Ta se skládá z obou vedoucích delegací ze 3 stálých členů každé strany a z dalších členů vyslaných každým smluvním státem na zasedání. Smluvní státy si vzájemně sdělí vedoucího své delegace ve smíšené komisi a tyto tři stálé členy. Vedoucí každé delegace může požádáním vedoucího druhé delegace svolat jednání komise pod svým předsednictvím. Zasedání na jeho přání se musí uskutečnit nejpozději do jednoho měsíce po doručení tohoto vyzvání.

(2) Smíšená komise má za úkol objasňovat otázky, spojené se stavbou hraničního mostu a předkládat smluvním státům doporučení.

(3) Každá delegace ve smíšené komisi může požádat příslušné orgány druhého smluvního státu o předložení podkladů, které považuje za potřebné k přípravě závěrů komise.

(4) Smíšená komise přijímá své závěry ve vzájemné dohodě.

Článek 12

Rozdílné názory

Rozdílnosti názorů týkající se výkladu nebo provádění této smlouvy budou řešit příslušné orgány smluvních států. Příslušné orgány smluvních států mohou za tímto účelem požádat o stanovisko smíšenou komisi. Nepodaří-li se příslušným orgánům tyto rozdílnosti názorů urovnat, budou je řešit pokud možno smluvní státy.

Článek 13

Závěrečné ustanovení

Smluvní státy budou provádět tuto smlouvu prostřednictvím svých příslušných orgánů.

Článek 14

Vstup v platnost

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny co nejdříve v Bonnu.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost první den druhého měsíce po výměně ratifikačních listin.

(3) V zájmu uvedení hraničního mostu do provozu v nejkratší možné době, budou ustanovení této smlouvy předběžně používána již ode dne jejího podpisu a tím ještě před jejím vstupem v platnost podle příslušných vnitrostátních právních předpisů.

Artikel 15**Geltungsdauer und Abkommensänderungen**

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Vertrags erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Änderung des Vertrags oder seine Aufhebung und Neuregelung verhandeln.

Geschehen zu Prag am 13. Juli 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Článek 15**Doba platnosti a změny smlouvy**

(1) Tato smlouva se sjednává na dobu neurčitou. Může být změněna, doplněna nebo zrušena jen ve vzájemné shodě mezi smluvními státy.

(2) Pokud dojde při provádění smlouvy ke značným obtížím nebo pokud se podstatně změní podmínky existující při jejím uzavření, potom budou smluvní státy na požádání jednoho smluvního státu jednat o změně smlouvy nebo o jejím zrušení a nové úpravě.

Dáno v Praze dne 13. července 1995 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Hofstetter
Huber

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Ivan Foltýn

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Am 13. Juli 1995 ist der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze im Zuge der Europastraße E 49 in Prag unterzeichnet worden. Mit diesem Vertrag wird im Sinne guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit eine weitere Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur an der deutsch-tschechischen Grenze angestrebt. Zu diesem Zweck wird an dem Grenzübergang im Zuge der Europastraße E 49 (Bundesstraße B 92; Staatsstraße 1/21) auf dem Hoheitsgebiet beider Staaten im Raum Schönberg und Voitsreuth (Voitanow) eine neue Grenzbrücke gebaut; die neue Grenzbrücke soll 1996 fertiggestellt werden.

II. Besonderes

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Vertrags: Bau einer Grenzbrücke im Zuge der Europastraße E 49.

Artikel 2 weist die Ausführung der für den Bau der Grenzbrücke notwendigen Arbeiten der Tschechischen Republik zu.

Artikel 3 verpflichtet die Vertragsstaaten sicherzustellen, daß die innerstaatlichen planungs- und baurechtlichen Voraussetzungen rechtzeitig vorliegen; ferner sieht Artikel 3 die Verpflichtung der Vertragsstaaten zum rechtzeitigen Grunderwerb auf ihrem Hoheitsgebiet vor.

Artikel 4 sieht die Abnahme der Grenzbrücke durch die zuständige tschechische Straßenbauverwaltung in Anwesenheit der zuständigen deutschen Behörden und der Auftragnehmer vor; es gilt das bei öffentlichen Bauaufträgen angewendete tschechische Recht.

Artikel 5 bestimmt, daß die Unterhaltung (einschließlich Verkehrssicherung und Winterdienst) der Grenzbrücke von jedem Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet übernommen wird, die Instandsetzung sowie Erneuerung der Grenzbrücke von der Tschechischen Republik übernommen wird.

Artikel 6 sieht für die Aufteilung der Kosten für den Bau, die Instandsetzung und die Erneuerung der Grenzbrücke vor, daß jeder Vertragsstaat Kosten trägt, soweit das Bauwerk auf seinem Hoheitsgebiet liegt; die Kostenanteile bestimmen sich nach dem Verhältnis der Flächen der Grenzbrücke zwischen den Auflagerachsen und der

Grenze. Bei der Aufteilung der Kosten bleibt die tschechische Mehrwertsteuer unberücksichtigt; diese wird allein von der Tschechischen Republik getragen.

Artikel 7 legt die Erstattung des von der Bundesrepublik Deutschland zu tragenden Anteils der Zahlungen fest, die die Tschechische Republik an die Auftragnehmer leistet, und regelt das Verfahren.

Artikel 8 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die beim Bau der Grenzbrücke beteiligten Personen die Grenze im Bereich der Baustelle überschreiten dürfen und sich im Bereich der Baustelle aufhalten dürfen. Artikel 8 gilt für Maßnahmen zur Erhaltung der fertiggestellten Grenzbrücke entsprechend.

Artikel 9 beruht auf der Erwägung und der praktischen Erfahrung, daß es für einen reibungslosen Ablauf des Baugeschehens am einfachsten und zweckmäßigsten ist, wenn das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaats, möglichst des planenden und bauausführenden Vertragsstaats, im gesamten Baustellenbereich auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten zur Anwendung kommt; dies gilt für die Instandsetzung und Erneuerung der fertiggestellten Grenzbrücke entsprechend. Durch Artikel 9 wird ferner gewährleistet, daß zum Zwecke der Errichtung und Erhaltung des Bauwerks ein weitgehend ungehinderter Warenverkehr stattfindet.

Artikel 10 stellt sicher, daß der Datenschutz unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften gewährleistet wird, sofern aufgrund dieses Vertrags nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 11 sieht die Bildung einer deutsch-tschechischen Gemischten Kommission vor, die beim Bau der Grenzbrücke anfallende bautechnische Fragen einvernehmlich klären und bestimmte nach dem Vertrag notwendige Maßnahmen und Entscheidungen vorbereiten soll.

Artikel 12 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.

Artikel 13 regelt den Vollzug des Vertrags durch die jeweils zuständigen Behörden der Vertragsstaaten. Artikel 13 entspricht einem tschechischen Wunsch.

Artikel 14 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags nach Austausch der Ratifikationsurkunden fest.

Artikel 15 regelt die Geltungsdauer und legt fest, wann eine Änderung des Vertrags in Betracht kommen kann.

22.03.96

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 13. Juli 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Bau einer Grenzbrücke an der gemeinsamen Staatsgrenze im Zuge der Europastraße E 49

Der Bundesrat hat in seiner 695. Sitzung am 22. März 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.